



Alternativantrag

der Fraktion der AfD

zu „Deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Solidarische Akzente setzen“ (Drs. 19/2052(neu) 2. Fassung)

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Stärkung der Wirtschaft unterstützen - Vergemeinschaftung von Schulden verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft auf Bundesratsebene dafür einzusetzen, dass Hilfsmaßnahmen der Europäischen Union zur Stärkung der Wirtschaft der EU-Mitgliedstaaten nur in Form von rückzahlbaren Krediten und nicht als Zuschüsse erfolgen. Eine Vergemeinschaftung von Schulden ist abzulehnen. Die Kreditvergabe soll an gezielte Investitionen in wettbewerbsfähige Teile der Wirtschaft gebunden sein, die in Folge der staatlichen Beschränkungen Nachteile erlitten haben.

Begründung:

Die staatlichen Beschränkungen im Zeichen der Corona-Pandemie hat für die Europäische Union eine gravierende Wirtschaftsrezession zur Folge, deren Ausmaß noch immer nicht konkret abzusehen ist. In ihrer Frühjahrsprognose geht die EU-Kommission davon aus, dass die Wirtschaftsleistung in der Europäischen Union im Jahr 2020 um 7,4 % sinken wird.

Vor diesem Hintergrund sind die von deutscher und französischer Seite vorgestellten Vorschläge zum wirtschaftlichen Wiederaufbau ein falsches politisches Signal. Die wirtschaftliche Rezession darf nicht dazu führen, dass eine gemeinsame Schuldenaufnahme in der EU erfolgt und über den EU-Haushalt nicht rückzahlbare Zuschüsse an einzelne Mitgliedstaaten veranlasst werden. Die Vermeidung einer gesamtschuldnerischen Haftung durch eine Haftung jedes Mitgliedstaates entsprechend seinem Anteil an der EU-Wirtschaftskraft ist nicht ausreichend.

Die Europäische Union wird die aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen nicht bestehen, wenn sie auf die Folgen der Corona-Pandemie mit einer eigenen Option zur Verschuldung reagiert. Zu unterstützen sind stattdessen die Vorschläge derjenigen EU-Mitgliedstaaten, die sich für zeitlich befristete Notfallmaßnahmen durch zweckgebundene Darlehen aussprechen.

Volker Schnurrbusch und Fraktion